

Traditionshäuser kapitulieren vor Ketten der Markenhersteller

## Wenn Modekönige abdanken

Albert Eickhoff wird in wenigen Tagen 78 Jahre alt. 1961 hat er seinen ersten Modeshop im westfälischen Lippstadt eröffnet; 1978 hatte er seine erste Versace-Show. Drei Jahre später zog er mit dem Geschäft nach Düsseldorf, erst in die Königsallee 56 und dann, 1988, an die Kö 30, eine der ersten Adressen in der deutschen Millionärshauptstadt.

Hier wurde er schnell das Maß aller Dinge, wenn es um Luxusmode ging. In Fachkreisen auch „Der Pate“ genannt, nahm Eickhoff eine Ausnahmestellung unter den deutschen Modehändlern ein, er war die Referenzadresse für Luxusmarken schlechthin. Das ist in einem Geschäft, das sich alle zehn Jahre neu erfindet, eine außerordentliche Leistung. So lange war kaum ein Einzelhändler in der deutschen Modewelt so gut.

Nun hört Eickhoff auf. Obwohl sein Haus 2012 einen Umsatz von 27 Millionen Euro erwirtschaftete, schwarze Zahlen schreibt und auch für das laufende Jahr mit einem vergleichbaren Erfolg rechnet. Aus dem Traditionshaus wird im nächsten Jahr ein „Flagshipstore“ der französischen Modekette Dior.

Und das ist auch der Hauptgrund für das Aus: Es sind die strukturellen Veränderungen in der Vertriebskette des Modehandels selbst. Modehersteller und Markeninhaber wie Versace, Dior, Gucci, Prada oder Armani sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu den schärfsten Konkurrenten ihrer eigenen Händler geworden. Die Weltmarken haben alle ihre eigenen

Geschäfte, oft nur ein paar Meter von ihren alten Vertriebspartnern, eröffnet. Zwei Gründe gibt es für diese Entwicklung, die früher als glatter Selbstmord in einer Branche gegolten hätte, die die traditionelle Aufteilung zwischen Hersteller, Großhändler und Einzelhändler stets respektierte: Zum einen sind aus allen Luxusmodemarken inzwischen den Globus umspannende Konzerne geworden, die in Zürich und in New York, in Paris und Dubai, in Hongkong und Moskau überall dieselben Produkte mit derselben Werbung in eigenen Läden und in allerersten Lagen anbieten.

In einer globalen Gesellschaft zählen nicht mehr Individualität, Beratung und ein persönliches Verhältnis zur vertrauten Modeverkäuferin, sondern eine universal erkennbare Marke, unter deren Schutz überall daselbe verkauft wird.

Der zweite Grund ist, daß internationale Modekonzerne, von denen immer mehr börsennotiert sind, viel mehr auf die Kosten achten müssen als noch in der Vergangenheit. Deshalb sparen sie, wo sie können, und da ist es natürlich schön, wenn man eine Vertriebsstufe ganz einfach rausschmeißen kann.

Zwei Konsequenzen hat diese Entwicklung: Das Geschäftsmodell des inhabergeführten Modehauses steht vor seinem historischen Ende. Und sehr bald werden Luxusmoden auf der ganzen Welt gleich steril, unpersönlich und langweilig dargeboten werden. Aber das war vielleicht gerade der Zweck des Ganzen.



VON  
MARKUS  
BRANDSTETTER

»Das Modell des inhabergeführten Modehauses steht vor seinem historischen Ende.«



Wartende vor Arbeitsamt in der Lissaboner Vorstadt Amadora: Ertüchtigung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion?

# Eine Fahrkarte für den falschen Zug

Euro-Krise: Eine EU-Arbeitslosenversicherung wäre der Einstieg in die Sozialunion / Unvereinbare Systeme

DIRK MEYER

Vor zwei Monaten legte der Internationale Währungsfonds (IWF) unter dem Titel „Toward a Fiscal Union for the Euro Area“ seine Pläne für eine umfassende Fiskal- und Sozialunion innerhalb der EU vor (JF 42/13). Teil des detaillierten Vorschlags zur Euro-Rettung ist angesichts der dramatisch gewachsenen Erwerbslosigkeit in den überschuldeten Krisenländern eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung. Auch die EU-Kommission hat eine Initiative für eine Europäische Arbeitslosenversicherung (EALV) gestartet.

Hintergrund des Diskussionsbeitrages, für den Sozialkommissar László Andor verantwortlich zeichnet, sind die in der Euro-Krise offenbarten konjunkturellen Ungleichgewichte zwischen den Krisenstaaten und der Kernzone. Der Vorschlag zu einer EALV ist zugleich ein Indiz dafür, daß die Währungsunion (EWU) nicht im Sinne eines optimalen Währungsraumes funktioniert. Systemkonform im Sinne des Lissabon-

Vertrages und des dort festgeschriebenen Verbots des monetären und fiskalischen Bestands wäre deshalb der Austritt der Krisenstaaten und die Konzentration auf eine Euro-Kernunion.

Steht hingegen der Erhalt der Euro-Zone im Kreis der jetzigen Mitglieder als unverrückbares politisches Ziel, so ist eine EALV durchaus folgerichtig. Die Idee eines automatischen Stabilisators funktioniert folgendermaßen: Kommt es in einem Land aufgrund konjunktureller Schwäche zu einer Produktionslücke, so bekämen Arbeitslose aus der EALV Zahlungen. Sollten sich andere Euro-Länder zeitgleich in einer Boomphase befinden, würden entsprechende Zahlungen in diesen Haushalt fließen. Im Ergebnis erfolgt eine Glättung der Nachfrage über die Euro-Zone.

Der Andor-Plan unterscheidet zwei Möglichkeiten. Während in Modell eins Globalüberweisungen aus einem EU-Fonds in den Haushalt des konjunkturell schwachen Landes fließen, entspricht Modell zwei einem individuellen Sicherungssystem, das entweder direkt Zahlungen an Arbeitslose übernimmt oder Mittel zweckgebunden

an die nationale Arbeitsagentur gibt. Globalüberweisungen kranken an einem zeitintensiven Aushandlungs- und Planungsprozeß. Damit ist fraglich, ob die Mittel zeitnah ausgegeben werden können. Ohne Verwendungsaufgaben ist ein konsumtiver Einsatz nicht zwingend. Darüber hinaus sind die Berechnungen der Produktionslücke methodisch mit hohen Unsicherheiten behaftet. Demgegenüber kennzeichnet das individuelle Sicherungssystem einen Automatismus ohne laufende politische Einflußnahme. Die EALV würde die nationale Sicherung in gleichem Umfang entlasten.

### Zeichen einer gescheiterten Währungsunion

Diesen Vorteilen steht jedoch eine Reihe von Problemen entgegen. So reagieren die Unternehmen im Konjunkturverlauf zeitverzögert mit Entlassungen und Einstellungen. Der automatische Stabilisator verliert damit an Wirksamkeit. Außerdem besteht die Gefahr permanenter Transfers, da eine Trennung von konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit schwierig ist, je nach Land unterschiedliche Ausmaße hat und im Zeitablauf aufgrund der Dynamik der Arbeitsmärkte und seiner gesetzlichen Grundlagen einem Wandel unterliegt.

Eine politische Einflußnahme liegt deshalb im Interesse der Krisenländer. Die Bemühungen der Staaten zu nationalen Arbeitsmarktreflexionen erlahmen. Mißbrauchskontrollen werden weniger interessant, da die Sozialgelder teilweise dem „großen Topf“ entnommen werden. Klärung verlangt auch die Frage, anhand welcher Maßstäbe die Zahlungen erfolgen sollen. Nicht nur die Anspruchsvoraussetzungen sind unterschiedlich, sondern auch die Art der Hilfen wie Kurzarbeit, Umschulung oder Schlechtwettergeld. Damit ließe sich die Notwendigkeit einer EU-weiten

Harmonisierung rechtfertigen. Wie der Titel des Andor-Papiers nahelegt, ist der Plan einer EALV in das Vorhaben einer „Ertüchtigung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ eingebettet. Gefordert wird ein institutionelles Rahmenwerk zur Förderung der Konvergenz und der Wettbewerbsfähigkeit. Im Zentrum steht die Errichtung einer eigenständigen Fiskalkapazität für die Euro-Zone auf EU-Ebene. Damit nimmt der Andor-Plan direkt Bezug auf den Zwischenbericht von EU-Rat und Präsident „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“, der diesen Finanzmitteln zwei wesentliche Aufgaben zuweist.

Zum einen sollen die Finanzmittel konjunkturelle Ungleichgewichte auffangen. Zum anderen soll die Fiskalkapazität aber auch „strukturelle Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Potentialwachstums“ befördern. Nukleus dieser der Höhe nach nicht konkretisierten Finanzmittel könnten die EU-Struktur-, Sozial- und Regionalfonds sein. Mit ihnen sind bereits heute erhebliche Transfers zwischen den europäischen Regionen verbunden.

Langfristig nivelliert die „soziale Dimension“ die soziale Sicherung der EU-Mitgliedstaaten, schaltet damit einen wichtigen Wettbewerbsparameter aus und behindert das Entdeckungsverfahren im sozialen Bereich. Vielfalt, die Berücksichtigung nationaler Präferenzen, Anreizkompatibilität, demokratische Legitimation und Experimentierfreudigkeit werden verhindert. Die EALV ist daher eine Fahrkarte für den falschen Zug. Der gemeinsame Abstieg der Transferrunion in die Provinzliga der Globalisierung wäre nur eine Frage der Zeit.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. In seinem jüngsten Buch „Euro-Krise: Austritt als Lösung?“ (Lit Verlag 2012) analysiert er Alternativen zur Euro-Rettungspolitik.

Das Energiewirtschaftsgesetz verlangt „intelligente“ Stromnetze

## Bespitzeln per Zähler

Von Jörg Fischer

Jürgen Trittin, Sigmar Gabriel, Norbert Röttgen und Peter Altmaier – diesen Umweltministern haben die Deutschen ihre steigenden Strompreise maßgeblich zu verdanken. Das FDP-Wirtschaftsministerium wollte da nicht nachstehen: Das im Oktober novellierte Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet nicht nur Häuslebauer, sondern auch diejenigen, die grundsanieren oder mehr als 6.000 Kilowattstunden Strom jährlich verbrauchen, dazu, teure „intelligente“ Stromzähler (Smart Meter) einzubauen.

Die Geräte „versorgen die Netzbetreiber mit wichtigen Informationen wie Strom, Spannung und Frequenz, damit diese zeitgenau Erzeugung, Netzbelastung und Verbrauch weitgehend automatisiert aufeinander abstimmen können“, schwärmt das Ministerium. Sie würden das „Verbrauchsverhalten veranschaulichen und helfen, Stromkosten zu sparen“. Daß die Spionagezähler den Energiekonzernen Einblick in die Privatsphäre verschaffen (Wer schaltet wann seine Waschmaschine oder den

Herd ein?) mag angesichts der NSA-Enttarnungen von Edward Snowden nicht überraschen.

Doch selbst das Sparargument ist ein falsches Versprechen. Laut einer „Kosten-Nutzen-Analyse für einen flächendeckenden Einsatz intelligenter Zähler“ von Ernst & Young führen die Zähler für die meisten Kunden „zu unverhältnismäßig hohen Kostenbelastungen“. 89 Euro jährlich sind im Gespräch. Entsprechende EU-Pläne, bis 2022 „mindestens 80 Prozent der Zählpunkte mit intelligenten Meßsystemen auszustatten“, seien für Deutschland aber auch „gesamtwirtschaftlich nicht vorteilhaft“. Das Gutachten wurde vom Wirtschaftsministerium beauftragt – und ad acta gelegt. Die Möglichkeiten der „externen Kommunikationsanbindung“ sind einfach zu verlockend. Nach dem nackten Steuerbürger folgt nun der gläserne Stromverbraucher.

Ernst & Young-Studie zu Stromzählern: [bmwi6.de/DE/Mediathek/publikationen/\\_id=586064.html](http://bmwi6.de/DE/Mediathek/publikationen/_id=586064.html)

## EU-Arbeitslosenversicherungssysteme

Die Höhe des Arbeitslosengeldes sowie die Dauer und Bedingungen seines Erhalts sind in den EU-Staaten höchst unterschiedlich geregelt. Bei 382 Euro plus Wohngeld liegt das Minimum für Alleinstehende in Deutschland. Für Ehepartner gibt es 345 Euro, für Kinder jeweils zwischen 224 und 289 Euro. Das ist für Bulgaren, Portugiesen oder Rumänen ein Traum – Franzosen oder Österreicher würden wohl auf die Barrikaden gehen, wenn sie wüßten, daß Voraussetzung für die Zahlung des pauschalen Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) das vorherige Auf-

brauchen fast sämtlichen Vermögens ist. Das Arbeitslosengeld I wird ohne Anrechnung gezahlt, allerdings nur für ein Jahr und lediglich in Höhe von 60 Prozent des früheren Gehalts. Dänen erhalten vier Jahre lang 80 bis 90 Prozent. Sie können mit 55 – statt 63 wie in Deutschland – in Frührente gehen. Auch einen Berufs- und Qualifikationsschutz gibt es in Deutschland und den Niederlanden nicht mehr – doch es wären vor allem die Steuerzahler in diesen beiden Ländern, die pro Kopf am meisten für eine EU-Arbeitslosenversicherung einzahlen müßten. (fs)

**Ihr Bestellschein**  
JF-Buchdienst · Hohenzollernstraße 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25  
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse:  Kundennummer:   
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name:

Straße/Nr. (kein Postfach):

PLZ/Ort:

Telefon:  E-Post:

Datum/Unterschrift: Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

**JF BUCHDIENST**  
JUNGE FREIHEIT Medienversand  
gehen Sie online: [jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

**Detlev S. Schlichter**  
**Das Ende des Scheins**  
Warum auch unser Papiergeldsystem zusammenbricht

Ein brillanter Ökonom legt die Wurzeln der Finanzkrise frei: Das Problem ist nicht der Euro, sondern das Papiergeld selbst. Alle Papiergeldsysteme sind gescheitert und im Chaos versunken. Die fulminante Analyse wurde mit dem getAbstract International Book Award 2012 ausgezeichnet.  
360 S., geb.

**Best.-Nr.: 92118**      **EUR 24,95**

**Dominik Geppert**  
**Ein Europa, das es nicht gibt**  
Die fatale Sprengkraft des Euro

Der Euro spaltet Europa: Statt eines Abbaus zwischenstaatlicher Konflikte, der Bewahrung von Recht und Demokratie sowie wachsenden Wohlstandes erleben wir das Gegenteil: zunehmenden Nationalismus, die Gefährdung der sozialen Marktwirtschaft und die Entmachtung der Parlamente.  
192 S., geb.

**Best.-Nr.: 92128**      **EUR 16,99**

Abbildungen können vom Original abweichen!

**Michael Grandt**  
**Deutschland vor dem Kollaps**  
Warum es zum Staatsbankrott kommen muß!

Der Staatsbankrott kommt! Aber Michael Grandt behauptet noch mehr: Wir brauchen den Crash! Auf zahlreiche Belege gestützt, zeigt der Bestsellerautor und Finanzexperte, was der Staat tun wird, um seine Bürger weiter zu schröpfen, und was Sie tun können, um Ihre Ersparnisse zu bewahren.  
336 S., geb.

**Best.-Nr.: 92077**      **EUR 19,95**

**David Marsh**  
**Beim Geld hört der Spaß auf**  
Warum die Eurokrise nicht mehr lösbar ist

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ – dieses Gorbatschow-Zitat gilt auch für alle jene, die noch immer an ihrer stümperhaften „Euro-Rettung“ festhalten. Ein Ausweg läge in einer europaweiten Wachstumspolitik und der Abwehr der Begehrlichkeiten leistungsschwacher Länder.  
176 S., Pb.

**Best.-Nr.: 92068**      **EUR 10,00**

**Martin Hellwig, Anat Admati**  
**Des Bankers neue Kleider**  
Was bei Banken wirklich schlief und was sich ändern muß.

Wer bezahlt, wenn wieder eine Bank aus dem Ruder läuft? Sparer und Steuerzahler! Trotzdem schaffen es die Bankmanager immer wieder, sich strengeren Reglements zu entziehen. Anat Admati und Martin Hellwig zeigen, wie das Bankensystem sicherer gestaltet werden könnte.  
528 S., geb.

**Best.-Nr.: 92126**      **EUR 24,99**

**Walter Krämer**  
**Kalte Enteignung**  
Wie die Euro-Rettung uns um Wohlstand und Renten bringt

Krämer enthüllt, wie die deutschen Sparer und Rentner in den nächsten zehn Jahren enteignet werden und wer davon profitiert: die Gläubiger der europäischen Banken, griechische Milliardäre und spanische Fußballclubs... Was sind die aktuellen Gefahren für unser Geld, wie sind wir so weit gekommen und wie geht es weiter? 232 S., Pb.

**Best.-Nr.: 92062**      **EUR 19,99**

**Thomas Mayer**  
**Europas unvollendete Währung**  
Wie geht es weiter mit dem Euro?

Eine politische Union wird in der EU immer weniger angestrebt. Nach dem Ende der UdSSR ist sie auch aus Sicherheitsgründen nicht mehr nötig. Der Autor, Senior Fellow am Center for Financial Studies in Frankfurt, hält eine Währungsunion nur als Zusammenschluß souveräner Staaten für möglich.  
240 S., geb.

**Best.-Nr.: 92101**      **EUR 19,90**